

Nachrichten aus Mission EineWelt und den Partnerkirchen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Schon immer so wertvoll wie noch heute

25. Missions- und Partnerschaftskonferenz im digitalen Raum mit Vorstellung der neuen Jahreskampagne von Mission EineWelt

Am 6. und 7. November 2020 trafen sich die Dekanatsmissionsbeauftragten und -pfarrer*innen zu ihrer jährlichen Tagung und zur 25. Missions- und Partnerschaftskonferenz (MiPaKo). Corona-bedingt kamen die Teilnehmenden diesmal in den digitalen Räumen von Mission EineWelt zusammen. Zentrale Themen waren das 25-jährige Bestehen der MiPaKo und die neue Jahreskampagne von Mission EineWelt und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mit dem Titel „Die Erlösung – Not for Sale“, die während der Tagung offiziell vorgestellt und gestartet wurde.

Bis zu 78 Dekanatsmissionsbeauftragte und -pfarrer*innen waren dabei, als online Bilanz gezogen wurde über 25 Jahre Missions- und Partnerschaftskonferenz. Überholt, so der einhellige Tenor der Teilnehmenden, sei die MiPaKo noch lange nicht. Im Gegenteil: „Die Missions- und Partnerschaftskonferenz ist Voraussetzung dafür, eine Verbindung zwischen den regionalen Partnerschaftsgruppen und der Zentrale, Mission EineWelt, herzustellen“, zeigte sich Volker von Lepel, vor 25 Jahren Leiter der Regionalstelle Süd beim Missionswerk, der Vorgängereinrichtung von Mission EineWelt, überzeugt. Auch Joachim Grytzyk, Dekanatsmissionsbeauftragter und Vorsitzender des Partnerschaftsausschusses im Dekanat Traunstein, war sich sicher: „Das braucht's“. Eine gemeinsame Interessensvertretung der Dekanatsmissionsbeauftragte und -pfarrer*innen sei unverzichtbar, denn: Im Gegensatz zu Wortmeldungen Einzelner habe „das Votum einer Missions- und Partnerschaftskonferenz“ deutlich mehr Gewicht. Den Wert der Partnerschaftsar-

beit in den Gemeinden und Dekanaten hob auch Gabriele Hoerschelmann hervor. Diese sei, so die Direktorin von Mission EineWelt, „ein unverzichtbarer Baustein unserer Arbeit“.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt war die Vorstellung der Jahreskampagne „Die Erlösung – Not for Sale“ von Mission EineWelt und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Vor dem aktuellen Hintergrund der Wahlen in den USA, der Attentate in Frankreich und Wien und dem Zulauf für Wohlstandsevangelist*innen weltweit treffe das Thema „den Nerv der Zeit“, betonte Gabriele Hoerschelmann.

Die Kampagne soll den ebenso wohlfeilen wie (be-)trägerischen Heilsversprechen von Fanatismus und Populismus sowie der Propagierung von Konsum als identitätsstiftender und Glück verheißender Lebenspraxis auf den Grund gehen und Möglichkeiten eines Lebensentwurfs entgegensetzen, der von christlicher Nächstenliebe getragen ist.

DIE ERLÖSUNG

NOT FOR SALE

FANATISMUS

POPULISMUS

KONSUMRAUSCH

Material zur Kampagne erhalten Sie unter <https://keine-ware.de/die-erloesung/> und auch in gedruckter Form.

Bestellungen bitte an: medien@mission-einewelt.de



 Mission EineWelt
Welt es uns bewegt

 Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern

Weitere Informationen zur aktuellen Jahreskampagne von Mission EineWelt gibt es im Internet unter www.keine-ware.de.

Thomas Nagel

Ein Vierteljahrhundert MiPaKo

25 Jahre gemeinsames Lernen und kritisches Begleiten

In den meisten Dekanaten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) gibt es Partnerschaften mit Gemeinden, kirchlichen Regionen oder Einrichtungen von mit uns verbundenen Kirchen in der Einen Welt. Oft werden diese Partnerschaften getragen von zahlreichen Engagierten in den Gemeinden, die sich über viele Jahre in dieses Arbeitsfeld eingearbeitet haben: Meist haben sie Sprache und Kultur kennengelernt, Reisen gemacht und Gegenbesuche organisiert, Briefe geschrieben und beantwortet, Informationen weitergegeben, Spenden eingeworben und immer wieder für Verständnis für die Menschen in der Partnerschaft geworben. Aus diesen Kreisen sind die Dekanatsbeauftragten für Mission, Partnerschaft und Entwicklung gewählt, die zusammen mit den Dekanatsmissionspfarrerinnen und -pfarrern die Missions- und Partnerschaftskonferenz bilden. Seit 25 Jahren trifft diese sich einmal im Jahr bei Mission EineWelt in Neuendettelsau.

An die hundert Menschen kommen dabei jedes Jahr Anfang November für ein

Wochenende zusammen und bilden in etwa ab, was an Partnerschaftsarbeit auf der Basis der ELKB geschieht: Von Papua-Neuguinea, Malaysia, Hongkong oder den Philippinen über Tansania, Kenia, Liberia oder die DR Kongo bis hin zu Brasilien oder Mittelamerika sind große Teile dieser Welt mit uns verbunden. Außerdem sind einige befreundete Institutionen vertreten, die im gleichen Arbeitsfeld unterwegs sind, wie Brot für die Welt, das bayerische Eine-Welt-Netzwerk, Oikokredit, Brücke oder der Verein für ärztliche Mission.

Trotz der Fülle an Partnerschaften gibt es doch eine große Menge Themen, die uns gemeinsam betreffen: Wir alle teilen die Herausforderung, christliche Erfahrungen aus der weiten Welt in bayerisch-evangelische Gemeinden hinein zu übersetzen und umgekehrt dort verständlich zu machen, was uns als Christ*innen hier umtreibt. Wir alle schlagen uns mit den Problemen der Kommunikation zwischen verschiedenen Kontinenten herum, mit Passbewilligungen und Visavergaben, und wir alle müssen immer wieder üben,

wie Verständigung zwischen ganz unterschiedlichen Kulturen funktionieren kann.

Mit den gemeinsamen Erfahrungen und der gemeinsamen Kompetenz in Sachen Partnerschaftsarbeit auf Gemeinde- und Dekanatssebene kann die Konferenz einiges anstoßen und bewegen, und ist Gesprächspartnerin für Mission Eine Welt und die Landeskirche. Immer wieder ist zum Beispiel Thema, wie etwa Partnerschaftsreisen von der Landeskirche gefördert werden, oder wie die Personalsituation für die professionelle Begleitung der Arbeit aussieht.

Wir haben uns mit der Finanzierung der Arbeit in den Dekanaten beschäftigt, die in manchen Teilen Bayerns erfreulich gut ist, in anderen aber noch Potential nach oben hat. Und wir geben Impulse aus den Partnerkirchen weiter: Im letzten Jahr haben wir zu mehr Engagement in unseren Gemeinden beim Thema Klimagerechtigkeit aufgerufen, weil wir eben Menschen kennen, deren Länder untergehen, oder Menschen, die permanente Dürre als Folge des Klimawandels erleben.



Foto: MEW

In enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden von Mission EineWelt, vor allem aus dem Referat Partnerschaft und Gemeinde, bekommen wir in Arbeitskreisen und bei der Jahrestagung inhaltliche und methodische Ideen und Bausteine, die wir in unseren Dekanaten und Partnerschaftsgruppen umsetzen können.

In den letzten 25 Jahren hat sich die Konferenz verändert. Mit der Umstrukturierung vom „Missionswerk“ zu „Mission Eine Welt“ bekamen Lateinamerika sowie entwicklungspolitische Themen ein stärkeres Gewicht. Das hat die Arbeit bereichert. Für die Zukunft bleibt eine offene Frage, wie Partnerschaften vertreten sind, die nicht im Arbeitsbereich von Mission EineWelt liegen, wie etwa die Beziehun-

Vor einem Jahr ging's noch analog: Die Dekanatsmissionsbeauftragten und -pfarrer*innen in Neuendettelsau.

gen nach Osteuropa, die ja auch in manchen Dekanaten gepflegt werden. Oder wie die Erfahrung von jungen Menschen eingebracht werden kann, die einen Freiwilligendienst in den Partnerkirchen gemacht haben, aber dann nur selten den Weg in die Dekanatspartnerschaftsarbeit finden. Auch diese Stimmen wären wichtig.

Die Konferenz im Jubiläumsjahr ist nun tatsächlich die erste, bei der wir uns nicht real treffen können, sondern uns digital begegnen.

Arne Schnütgen
Präsident der Missions- und
Partnerschaftskonferenz von
2007 bis 2019



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Erlösung – Not for Sale: In unserer Jahreskampagne geht es um ein Thema, das zu unserer Grundausstattung als evangelische Christinnen und Christen gehört. „Allein aus Gnade“, so das Lutherische Diktum, spricht uns Gott gerecht. Das ist eines der wichtigsten Lebensfundamente für Evangelische und zugleich bei genauerem Hinsehen doch auch ziemlich abstrakt und gar nicht so leicht zu fassen.

In der Geschichte gab es immer wieder Heilsversprechen, die einen schnelleren, direkteren Weg zur Erlösung versprochen haben. Meist wurden sie vornehmlich dafür genutzt, um Menschen zu manipulieren und um Macht über sie zu bekommen.

In unserer Gegenwart tauchen diese vergifteten Verheißungen fast schon in-

flationär an jeder Ecke auf. Heilsprediger, die Menschen dazu bringen, im Dienste einer vermeintlich heiligen Sache andere zu töten, Politikerinnen und Politiker, denen zum Erhalt ihrer Macht keine Lüge schamlos genug ist, und die es gleichzeitig schaffen, den Menschen vorzutäuschen, in deren Interesse zu handeln. Wir leben in einer Welt, in der Selbstoptimierung, Leistung, Reichtum und der Besitz von gehypten Produkten mit „Glück“ und „Sinn“ aufs Engste verknüpft werden, ja eigentlich oft schon als gleichbedeutend damit gelten.

Unsere Kampagne macht uns allen ein Angebot, genau hinzuschauen und sich die Fragen zu stellen: Welche Versprechungen haben wirklich Substanz? – Was ist wirklich wichtig im Leben? Wir möchten Fanatismus, Populismus und Konsumrausch die Möglichkeiten eines Lebens-

entwurfs entgegensetzen, der aufgrund der erfahrenen Annahme durch Gott in christlicher Nächstenliebe tätig wird.

Anders leben ist möglich! - Es würde uns sehr freuen, wenn Sie dabei wären und mit uns ins Gespräch kämen.

Herzlich
Ihre und Ihr

Dr. Gabriele Hoerschelmann
Direktorin Mission EineWelt

D. min. Hanns Hoerschelmann
Direktor Mission EineWelt



Apokalypse im Pantanal

Wie ein wertvolles Ökosystem durch Brandstiftung zerstört wird

Seit Wochen schon klettert das Thermometer in Cuiaba, der Hauptstadt des Bundesstaats Mato Grosso in Brasilien, regelmäßig über die 40 Grad-Marke. „Die Hitze ist unerträglich“, klagt Adriel Raach. Aber nicht nur das: Zwei Autostunden von der Stadt entfernt passiert gerade eine ökologische Katastrophe.

Das Pantanal, eine Sumpflandschaft, so groß wie die Schweiz, mit einer reichen Fauna und Flora trocknet aus, und zudem frisst sich ein verheerendes Feuer durch die ausgetrocknete Gras- und Baumlandschaft. Das artenreiche Ökosystem und UNESCO-Welterbe ist durch Industrialisierung und Rodung sowieso schon akut gefährdet. Jetzt sind durch Waldbrände 30 Prozent des Gebiets in Flammen aufgegangen. Bilder der mit Tierkadavern übersäten, verkohlten Landschaft werden von Umweltschützer*innen als Beweis für die riesige Umweltkatastrophe weiterverbreitet.

Theobaldo Witter, Pfarrer und gewählter Ombudsmann für Menschenrechte im Bundesstaat Mato Grosso lebt seit 44 Jahren in der Region und beobachtet, wie sich das Feuer aus der Savannenlandschaft in das Sumpfbgebiet hineinverbreitet. Seine Beschreibung der Situation zeichnet das Bild einer apokalyptischen Synthese aus Grausamkeit, Rücksichtslosigkeit und teilweise kalkulierter Ignoranz: „Was den Flammen des Feuers entkommen kann, stirbt vor Durst und Hunger. Die Menschen tun so, als wäre alles normal und die Regierung bestreitet die katastrophalen Ausmaße der Brände.“

Trockenheit und Wind begünstigen die Ausbreitung der Feuer. Aber sie sind nicht die Ursache. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden wurden die Brände zu über 90 Prozent von Menschen gelegt. Die Gründe dafür sieht Witter in Gier und grenzenlosem Gewinnstreben. „Die Feuer werden gelegt, um Gras zu verbrennen und es in Weideland zu verwandeln. Damit sollen die Ackerflächen vergrößert und die Wirtschaftsfläche erweitert werden. Angetrieben wird das Ganze durch Landspekulanten, die die Flächen nach der Brandrodung den Landwirten anbieten.“

Auf der anderen Seite führen Umweltschützer*innen einen verzweifelten Kampf gegen die sukzessive Vernichtung des Pantanal. Sie versuchen, die Feuer zu löschen, Tiere zu retten und haben Wasser in ausgetrocknete Löcher gebracht, um den Tieren dort ein Überleben zu ermöglichen. Dafür werden sie von Regierungsseite und von den Vertreter*innen industrieller Agrarbetriebe als Wirtschaftszerstörer*innen und Terrorist*innen diffamiert. Immer wieder gibt es Versuche, sie als Verursacher*innen der Brände zu beschuldigen und anzuklagen.

Die aktuelle, stramm neoliberal orientierte, rechtsgerichtete brasilianische Regierung schafft für all das die Grundlagen. Sie vernachlässigt und unterminiert Kontrolle und Überwachung von Umweltzerstörung. Jene, die von Brandrodungen profitieren, die landwirtschaftlichen Großbetriebe, haben weitgehend freie Fahrt für die Zerstörung ganzer Ökosysteme im Sinne ihrer Gewinnmaximierung. Parallel dazu werden Indigene bedroht und der

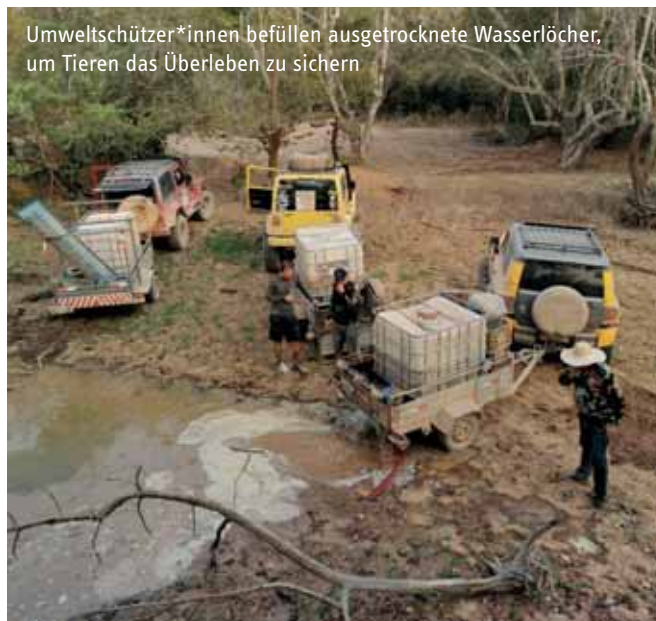
Reichtum auf einige wenige konzentriert. Leider dominieren die Gewinner*innen dieses Systems auch die mediale Kommunikation und schaffen es, die öffentliche Meinung weitgehend in ihrem Sinn zu manipulieren.

Vom Rest der Welt fühlen sich die Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen Brasiliens häufig im Stich gelassen. Auf die Frage, was ihnen helfen würde, antworten sie einhellig mit der Forderung an die nördlichen Industrieländer nach einer gesetzlich verankerten, robusten und justiziablen Überwachung der Lieferketten analog zu den UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den entsprechenden Maximen der International Labor Organisation (ILO).

Konkrete Hoffnung auf Verbesserung macht derzeit alleine der Regen, der am 24. Oktober einsetzte. Der Ingenieur und Umweltaktivist Jaides Pottratz freut sich darüber und verspricht: „Wir werden alles tun, um die völlige Zerstörung des Pantanal zu verhindern“.

Hans Zeller

Umweltschützer*innen befüllen ausgetrocknete Wasserlöcher, um Tieren das Überleben zu sichern



„Gemetzelt an der Demokratie“?

Nach den Wahlen bleibt die Lage in Tansania angespannt

Angesichts der Belästigung und Verhaftung von Oppositionellen und der stark eingeschränkten Berichterstattung war klar, dass John Magufuli und CCM (Chama Cha Mapinduzi – Partei der Revolution) mit viel Abstand die Wahlen gewinnen werden. Laut Wahlkommission kam Magufuli auf 84 Prozent der Stimmen. CCM bedankte sich über Twitter bei allen Tansanier*innen dafür, dass sie im Interesse der Nation den richtigen Führer gewählt hätten. Auf dem teilautonomen Archipel Sansibar, das einen eigenen Präsidenten wählt, wurde CCM-Kandidat Hussein Mwinyi mit über 76 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt.

Am Tag vor den Wahlen wurde im ganzen Land das Internet abgeschaltet. Auch der Online-Dienst Twitter berichtete, er sei am selben Tag in Tansania abgeschaltet worden. Zudem verhinderten Einschränkungen im Mobilfunk den freien Informationsfluss.

Oppositionsführer Tundu Lissu und seine Partei Chadema (Chama cha Demokrasia na Maendeleo – Partei für Demokratie und

Fortschritt), die laut Wahlkommission nur 13 Prozent der Stimmen erhielten, sprachen von Fälschung zugunsten Magufulis und seiner Partei. Lissu forderte auch die internationale Gemeinschaft auf, die Wahl nicht anzuerkennen. Die Behörden warfen wiederum Oppositionsgruppen vor, diese hätten illegale Versammlungen organisiert. Einige Oppositionskandidaten wurden verhaftet. Es gibt auch Beschwerden von Oppositionswähler*innen und -vertreter*innen, weil ihnen die Beobachtung der Stimmenausschüttung verweigert wurde.

Zudem kursieren Berichte über den Einsatz und die Beteiligung des tansanischen Militärs. Demzufolge sollte das Militär Demonstrationen und Versammlungen der Oppositionsparteien verhindern. Gemeldet wurden auch Todesfälle unschuldiger Zivilisten, hauptsächlich auf den Inseln Pemba und Unguja. Die Regierung bestreitet diese Todesfälle. Laut Freeman Mbowe, dem Vorsitzenden der CHADEMA, handelte es sich am 28. Oktober nicht um eine Wahl, sondern um „ein Gemetzelt an der Demokratie“. Er rief zu friedlichen

Protesten gegen die Wahl auf. Dem Wahlergebnis zufolge hat CCM fast alle der rund 200 ausgezählten Wahlkreise auf Tansania-Festland gewonnen, nur zwei gingen an die Oppositionspartei. Damit wäre diese im künftigen Parlament faktisch bedeutungslos.

Die von der Opposition aufgerufenen Proteste sollten am 2. November beginnen, am gleichen Tag wurden Freeman Mbowe und mehrere andere Oppositionelle festgenommen. Tansanias Wahlgesetz schreibt vor, dass ein von der Wahlkommission verkündetes Ergebnis nicht mehr vor Gericht angefochten werden kann. Somit bleibt die Lage in Tansania nach den Wahlen vom 28. Oktober sehr angespannt.

Der*die Autor*in kommt aus Tansania und möchte deshalb nicht namentlich genannt werden.

Meilensteine im Pazifik

Pazifische theologische Hochschule und Fidschi feiern besondere Jubiläen

Vor 50 Jahren, am 10. Oktober 1970, erlangte der pazifische Inselstaat Fidschi seine Unabhängigkeit im Rahmen des britischen Commonwealth of Nations. Das Fidschi-Archipel mit seinen 332 Inseln, darunter 110 bewohnte, liegt 2.000 Kilometer nördlich von Neuseeland mitten im Pazifischen Ozean. Der Großteil der rund 916.000 Einwohner*innen lebt auf den großen bergigen Vulkaninseln Viti Levu und Vanua Levu. Im Südosten von Viti Levu befindet sich an der Küste die Hauptstadt der Republik Fidschi: Suva – mit 95.000 Einwohner*innen die größte Stadt im Archipel und eine der größten Städte in der Region Ozeanien mit ihren insgesamt 12,6 Millionen Bewohner*innen.

Nach einer wechselvollen politischen Vergangenheit mit mehreren Putschen und ständigen Regierungswechseln ist die Republik Fidschi unter dem seit 2014 amtierenden Premierminister Voreqe Bainimarama, einem ehemaligen Militärkommandanten, derzeit stabil - sieht man von der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, den Korruptionsvorwürfen gegenüber Parlamentariern und der Unterdrückung der Opposition einmal ab.

Im Norden Suvas liegt inmitten eines tropischen Gartens der Campus des Pacific Theological College (PTC), mit dem Mission EineWelt (MEW) seit gut 30 Jahren Beziehungen pflegt. Das PTC war vor 55 Jahren, im Jahr 1965, aus purer Not entstanden. Die isoliert gelegenen Inselstaaten konnten sich aufgrund ihrer Kleinheit, ihrer geographisch isolierten Lage inmitten einer 182 Quadratkilometer großen „Wasserwüste“ und wegen mangelnder finanzieller Ressourcen keine eigenen Hochschulen für ihren theologischen Nachwuchs leisten. So entschlossen sich mehrere Kirchen - darunter auch die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea - zur Gründung einer gemeinsamen theologischen Ausbildungsstätte. Aufgrund seiner guten Anbindung an Europa und seiner verlässlichen Infrastruktur fiel die Wahl auf Fidschi.

Im August 1965 eröffnete das PTC als Aus- und Fortbildungsstätte für zunächst nur männliche Theologiestudierende aller christlichen Denominationen. 55 Jahre später ist das College auf dem Weg, eine offizielle theologische Universität zu werden. Dafür setzt sich der seit 2019 amtierende Rektor, Pfarrer Upolu Va'ai

aus Samoa, ein. Seit Anfang der 1990er Jahre entsendet Mission EineWelt Dozenten ans PTC. Die bayerischen Theologen bleiben mindestens für drei Jahre dort. Inzwischen gibt es auch Studienangebote für Frauen, obwohl einige Pazifikstaaten noch keine Frauenordination kennen. In einigen Staaten, wie etwa auf den Salomonen oder in Neuseeland, haben es Frauen jedoch bis an die Spitze kirchlicher Hierarchien geschafft.

Der Campus mit seinen Wohnhäusern für die Familienangehörigen, einem Kindergarten für die Kinder der Studierenden, der Tagungsstätte Jovili Mission Center und der kürzlich renovierten Kapelle bietet ein multi-ethnisches Umfeld für die internationalen evangelischen Freiwilligen und die Stipendiat*innen, die Mission EineWelt seit über zehn Jahren nach Suva entsendet. Die Teilnahme von PTC-Studierenden an den jährlichen Summerschools von MEW hat zu einem regen Austausch zwischen Bayern und Fidschi geführt.

Verbunden sind MEW und das PTC auch über zwei Stipendiaten aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea. Die beiden Pfarrer werden mit finanzieller Unterstützung aus Bayern gerade fortgebildet und kehren nach Abschluss ihres Studiums nach Papua-Neuguinea zurück. Ein Stück fidschianischer Lebensfreude werden sie genauso in ihre Heimat mitnehmen wie der derzeitige bayerische Pfarrer. Corona-bedingt musste er seine Lehrtätigkeit am PTC aufgeben und ausreisen. Er unterrichtet jedoch weiterhin online.



Rektor Prof. Dr. Upolu Va'ai im Fale (Versammlungshaus) des PTC.

Julia Ratzmann

Fast niemand will die Separation

Interview mit Sung Kim zur Situation in Hongkong

? Wie hast Du die Proteste in Hongkong erlebt?

Im Juni 2019 gab es am Tag der Konfirmation meiner Tochter die erste große Demonstration in Zusammenhang mit dem Auslieferungsgesetz. Seitdem ist Hongkong eigentlich nicht zur Ruhe gekommen. Das Auslieferungsgesetz drohte einige Grundrechte in verfassungswidriger Weise zu kippen. Interessant ist, dass diese „extradition bill“ ja vom Tisch ist. Das haben die Proteste tatsächlich bewirkt. Man muss aber auch im Blick haben, dass das nicht die ersten großen Demonstrationen waren. 2014 gab es beispielsweise das so genannte „umbrella movement“. Allerdings war die Zahl der Demonstrierenden noch nie so hoch wie im letzten Jahr.

Als die Regierung in Sachen Auslieferungsgesetz zurückruderte, waren manche Dinge schon zu sehr hochgekocht, als dass die Protestierenden sich dadurch hätten beruhigen lassen. Gleichzeitig gab es Eskalationen, deren Entstehung auch von der Polizei zumindest begünstigt worden war. Aber auch die Protestierenden radikalisierten sich. Straßen wurden blockiert, Hochschulen wurden besetzt. Einige wenige wendeten auch gezielt Gewalt an. Zeitweise war die ganze Infrastruktur durch Brände, Blockaden und ähnliches zum Erliegen gekommen. Trotzdem war der Rückhalt in der Bevölkerung sehr eindeutig für die Protestierenden.

? Wie kam es, dass die Proteste weitergingen, obwohl die Regierung das Auslieferungsgesetz gekippt hatte?

Die Forderungen der Protestierenden gingen dann tatsächlich über die „extradition

bill“ hinaus. Aber was eigentlich niemals gefordert wurde, war die Unabhängigkeit Hongkongs in einem staatsrechtlichen Sinn. Manchmal kam es in der Berichterstattung in Europa so rüber, als sei es darum gegangen. Aber darum geht es nicht. Die meisten Hongkonger*innen denken nicht, dass Hongkong plötzlich ein unabhängiger Stadtstaat wird. Es geht darum, dass die verfassungsrechtliche Grundlage weiterhin Beachtung findet für den fortlaufenden Vereinigungsprozess mit Festlandchina – das ist die politische Forderung, die im Hintergrund steht. Sobald die Regierung die eigenen Prinzipien Hongkongs unterwandert, gibt es Proteste.

? So, wie mit dem nationalen Sicherheitsgesetz?

Das ist der neueste Schritt, ein ganzes Bündel an Gesetzen, die alle darauf zielen, „separatistische Unruhen“ zu verhindern. Dieses Gesetz trägt die typische Handschrift von Festlandchina. Man will eine Situation verhindern, in der es zu Chaos kommt, weil Menschen sich abtrennen wollen. Letzteres will aber aus meiner Sicht fast niemand in Hongkong. In puncto Selbstverständnis gibt es zwei Gruppen: die Jüngeren, die sagen, sie seien keine Chines*innen, sondern Hongkonger*innen, und die Älteren, die sich kulturell als chinesisch wahrnehmen, aber zu den Rechten von Hongkong stehen.

Zudem sehen vor allem viele Jüngere keine Perspektive für sich in Hongkong, weil der Stadtstaat zwar wirtschaftlich erfolgreich ist, aber damit einhergehend auch viel Ungleichheit produziert und nichts dagegen unternimmt. Auch das spielt bei den Protesten eine Rolle.

Beim Nationalen Sicherheitsgesetz sind die Meinungen darüber gespalten, ob es gerechtfertigt ist. Die Diskussion geht quer durch Familien, quer durch die Gemeinden, quer durch die Bezirke.

? Wie positionieren sich die Kirchen in dieser Situation?

Die Kirchen sind im Hongkong Christian Council organisiert und mussten ein Konsenspapier herausgeben. Sie sind in diesen Fragen so uneins wie die übrige Gesellschaft, aber sie mussten Stellung



Foto: Geraldo Grützmann

Sung Kim war von 2016 bis 2020 in Hongkong. Er wurde von Mission EineWelt ans Lutheran Theological Seminary entsandt.

Dort arbeitete er als Dozent und begleitete Studierende im Master- und Doktorand*innenprogramm. Die Studierendenschaft am LTS ist sehr international zusammengesetzt. Die Nachwuchs-Theolog*innen kommen aus Hongkong, China, Indonesien, Malaysia, Myanmar, den USA, Europa und vielen anderen Ländern.

Seit Oktober arbeitet Sung Kim als theologischer Mitarbeiter im Referat Mission Interkulturell bei Mission EineWelt. Er ist in Ansbach aufgewachsen und hat in Tübingen, Berlin und Jerusalem Theologie studiert und über Fragen der Grundlegung der Ethik promoviert. Bevor er nach Hongkong ging, arbeitete er als Gemeindepfarrer in Württemberg.

nehmen. Im Vorwort des Papiers wird beschrieben, wie die Regierung in den letzten 23 Jahren nicht in der Lage gewesen ist, das umzusetzen, was die Verfassung eigentlich für Hongkong vorschreibt, und dass darum der Kongress der Volksrepublik China es für nötig erachtet hat, das Sicherheitsgesetz für Hongkong umzusetzen. Sie sagen weiter, dass das Sicherheitsgesetz in Sachen Abwehr des Separatismus nicht hinterfragt werden muss. Aber sie fügen hinzu, dass diese Gesetzgebung nicht rückwirkend angewendet werden soll, also nicht auf die Teilnehmenden an den letztjährigen Demonstrationen. Und sie bestehen darauf, dass Hongkong selbst diese Gesetzgebung vollenden soll. Das Sicherheitsgesetz soll nur so lange gelten, bis Hongkong ein eigenes Gesetz vorlegt, das den angedachten Zweck, innere Ordnung zu garantieren, erfüllt.

Das heißt, das Council hat zwei Dinge gleichzeitig gemacht: einerseits betont, dass Hongkong sich das Recht vorbehalten muss, sich selber ein Sicherheitsgesetz zu geben. Und andererseits die Security Legislation in einen größeren Zusammenhang gestellt, wodurch sie relativiert wird, ohne den Grundgedanken des Gesetzes in Abrede zu stellen.

Ein weiterer Punkt ist die freie Kommunikation mit der Welt draußen. Sie sprechen davon, dass das Christentum eben eine Weltreligion ist und dass das Sicherheitsgesetz sicherstellen muss, dass die Hongkonger Christ*innen, Kirchen und Organisationen weiterhin die Freiheit von Kommunikation und Kooperation mit internationalen und festlandchinesischen christlichen Gemeinschaften pflegen können. Die Betonung dieser Tatsache zeigt ja schon auf, was da am Horizont steht: dass man in Festlandchina all diese Dinge, die man in Honkong darf, nicht darf.

Das ist die Herausforderung in Hongkong: Man muss einerseits damit umgehen, dass man zu China gehört, andererseits aber freiheitlich-demokratische Traditionen hat, die weit darüber hinausgehen.

Interview: Thomas Nagel

„Die einen schufteten, andere verdienen!“

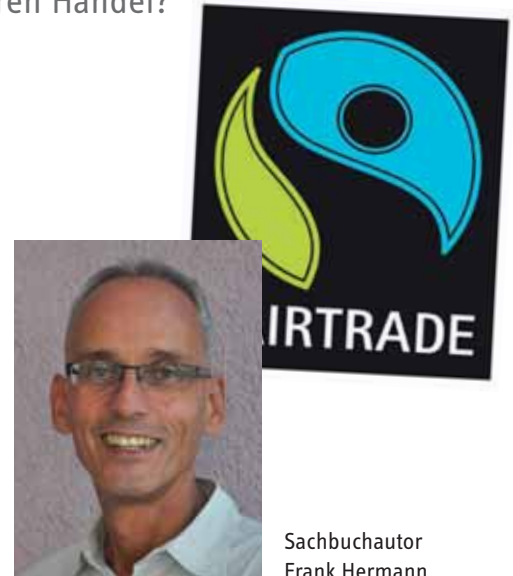
Wohin geht die Reise beim Fairen Handel?

Das Interesse am Fairen Handel steigt. Immer mehr Menschen machen sich Gedanken über eine nachhaltige Lebensweise. Als „fair“ gekennzeichnete Produkte sind inzwischen nicht mehr nur in Weltläden, sondern auch in Discountern und fast allen Supermärkten zu finden. Doch haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzierenden wirklich verbessert? Was macht Fairen Handel aus? Und wie können wir wirklich FAIR einkaufen?

Antworten auf diese Fragen sollte am 9. Oktober ein Vortrag des Sachbuchautors Frank Hermann geben, der als Experte für Fair Trade gilt. Die Veranstaltung, zu der die seit einem Jahr bestehende Fairtrade Gemeinde Neuendettelsau in Kooperation mit Mission EineWelt eingeladen hatte, war Teil der diesjährigen Fairen Woche. Der Vortrag wurde auch live auf Youtube gestreamt.

Hermann, der selbst etwa 20 Jahre in Mittel- und Lateinamerika gelebt hat, machte deutlich, welche fatalen Folgen Billig-Produkte für die Produzent*innen vor Ort haben. So stammt beispielsweise unser Kaffee von Kleinbauern aus Lateinamerika, die für ihre Kaffeebohnen kaum genug Geld bekommen, um ihre Grundbedürfnisse abzudecken. Ähnlich bitter ist die Situation beim Thema Schokolade: Ein Großteil des benötigten Kakaos kommt aus der Elfenbeinküste, wo die Bohnen hauptsächlich von Kindern geerntet werden. Oft haben die Kinder, die Kakaobohnen ernten, noch nie ein Stück Schokolade gegessen, und die Kleinbauern haben noch nie den Kaffee getrunken, der anderswo aus ihren Bohnen gemacht wird.

Durch Fair Trade sind die Bauern nicht



Sachbuchautor Frank Hermann.

mehr gezwungen, ihre Produkte an Zwischenhändler zu verkaufen und können höhere Preise erzielen. Doch die Nachfrage nach fair gehandeltem Kaffee oder Kakao ist viel zu niedrig. Die Kaffeebauern können nicht alle ihre Bohnen im Rahmen von Fair Trade-Verträgen verkaufen und müssen einen Teil ihrer Ernte weiterhin für billiges Geld an Zwischenhändler abgeben.

Discountern und Supermärkten bieten zwar faire Produkte an, nutzen den Fairen Handel aber oft nur als Marketingmasche. Für sie steht die Gewinnmaximierung an erster Stelle. Letztendlich, davon ist Hermann überzeugt, führe nur eine andere Politik zu grundsätzlich anderen, gerechteren ökonomischen Strukturen. „Der Verbraucher kann es nicht alleine richten!“, ist er sich sicher, aber dennoch könne sich jede*r vor einem Kauf eines beliebigen Produkts die folgenden Fragen stellen: Brauche ich das wirklich? Und wer bekommt mein Geld?

Paula Klein